

## **figge ingenieure**

tragwerk bauphysik brandschutz  
staatl. anerkannte sachverständige

**luisenstr. 18 b 33602 bielefeld**

tel 0521 96721-0 fax 0521 96721-20  
figge@figge-ing.de www.figge-ing.de

### **brandschutzkonzept**

projekt-nr. : 24/0070  
Stand 13.08.2025

bauvorhaben: Neubau eines  
Feuerwehrgerätehauses  
Lehbrinksweg  
32657 Lemgo

bauherr : Alte Hansestadt Lemgo  
Heustraße 36 – 38  
32657 Lemgo

architekt : Hubertus von Bothmer  
c/o BothmerHübner Partnerschaft mbB  
Architekt & Beratender Ingenieur  
Hetendorf 47  
29320 Südheide

aufsteller : Dipl.-Ing. Klaus Figge  
c/o figge ingenieure  
Luisenstr. 18 b  
33602 Bielefeld

Staatl. anerkannter  
Sachverständiger für die  
Prüfung des Brandschutzes  
**Dipl. Ing. Klaus Figge**  
Luisenstraße 18 B  
Tel. 0521/96721-0 · Fax 96721-20  
33602 Bielefeld

<b>1</b>	<b>ANLASS UND AUFTRAG .....</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>BEURTEILUNGSGRUNDLAGE.....</b>	<b>5</b>
2.1	Verwendete Unterlagen.....	5
2.2	Beteiligung der Brandschutzdienststelle.....	5
2.3	Gesetzliche Grundlagen.....	6
2.4	Verknüpfung mit der BauPrüfVO.....	8
<b>3</b>	<b>ALLGEMEINE ANGABEN .....</b>	<b>10</b>
3.1	Vorbemerkungen .....	10
3.2	Lage auf dem Grundstück .....	10
3.3	Flächenermittlung .....	11
<b>4</b>	<b>VORBEUGENDER BAULICHER BRANDSCHUTZ.....</b>	<b>12</b>
4.1	Zugänglichkeit für die Feuerwehr.....	12
4.2	Ausdehnung des Objektes / Brandwände .....	12
4.3	Materielle Anforderungen an die Bauteile .....	13
4.3.1	Anforderungen gemäß BauO NRW.....	13
4.3.2	Tragende Wände, Pfeiler und Stützen .....	13
4.3.3	Außenwände.....	14
4.3.4	Trennwände.....	14
4.3.5	Decken .....	14
4.3.6	Dächer .....	15
4.3.7	Notwendige Flure.....	15
4.4	Flucht- und Rettungswege.....	17
4.4.1	Rettungswege und Rettungsweglängen nach BauO NRW.....	17
4.4.2	Türen in Rettungswegen .....	18
<b>5</b>	<b>ANLAGENTECHNISCHER BRANDSCHUTZ .....</b>	<b>19</b>
5.1	Brandmeldeanlage .....	19
5.2	Selbsttätige Feuerlöschanlage .....	20
5.3	Wandhydranten / trockene Steigleitungen .....	20
5.4	Rauch- und Wärmeabzug.....	20
5.5	Lüftungsanlage.....	20
5.6	Alarmierungseinrichtung .....	20
5.7	Sicherheitsbeleuchtung .....	21

<b>5.8 Sicherheitsstromversorgung .....</b>	<b>21</b>
<b>5.9 Elektro- und Blitzschutzanlage.....</b>	<b>21</b>
<b>5.10 Photovoltaik-Anlage .....</b>	<b>22</b>
<b>5.11 Installationsschächte und Kanäle .....</b>	<b>22</b>
<b>6 BETRIEBLICHER UND ORGANISATORISCHER BRANDSCHUTZ .....</b>	<b>23</b>
<b>6.1 Vorbemerkungen .....</b>	<b>23</b>
<b>6.2 Feuerlösch- und Rettungsgeräte.....</b>	<b>23</b>
<b>6.3 Brandschutzordnung / Brandschutzbeauftragter .....</b>	<b>24</b>
<b>6.4 Prüfungen nach Prüfverordnung – PrüfVO NRW .....</b>	<b>24</b>
<b>7 ABWEHRENDER BRANDSCHUTZ.....</b>	<b>25</b>
<b>7.1 Löschwasserversorgung .....</b>	<b>25</b>
<b>7.2 Löschwasserrückhaltung .....</b>	<b>25</b>
<b>7.3 Feuerwehrplan .....</b>	<b>26</b>
<b>7.4 Flächen für die Feuerwehr .....</b>	<b>26</b>
<b>7.5 Einrichtung eines Feuerwehrschlüsseldepots .....</b>	<b>27</b>
<b>8 ABWEICHUNGEN .....</b>	<b>28</b>
<b>9 SCHLUSSFOLGERUNGEN / ZUSAMMENFASSUNG .....</b>	<b>29</b>

# 1 Anlass und Auftrag

Auf Veranlassung der Architekten BothmerHübner Partnerschaft mbB, Hetendorf 47, 29320 Südheide wurde ich vom Bauherrn, der Alten Hansestadt Lemgo, Heustraße 36 – 38, 32657 Lemgo, beauftragt, für den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses, Lehbrinksweg, 32657 Lemgo, ein Brandschutzkonzept zu erstellen.

Das Konzept basiert auf der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (BauO NRW 2018) sowie der Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen für das Land Nordrhein-Westfalen (VV TB NRW).

Das Gesamtgebäude ist als bauliche Anlage und Räume besonderer Art oder Nutzung (Sonderbau) nach § 50 Abs. 2 Ziffer 3 (bauliche Anlagen und Räume mit nicht mehr als 1.600 m<sup>2</sup> Grundfläche) der BauO NRW als „Kleiner Sonderbau“ einzustufen

Gemäß § 50 Abs. 1 Ziff. 19 BauO NRW kann für „Kleine Sonderbauten“ im Baugenehmigungsverfahren die Vorlage eines Brandschutzkonzepts gefordert werden. Dieses Brandschutzkonzept sollte von einem staatlich anerkannten Sachverständigen für die Prüfung des Brandschutzes aufgestellt werden.

Der Aufsteller dieses Brandschutzkonzeptes, Herr Dipl.-Ing. Klaus Figge, ist von der Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen (IK Bau NW) als staatlich anerkannter Sachverständiger für die Prüfung des Brandschutzes zugelassen, er besitzt damit die zur Aufstellung von Brandschutzkonzepten geforderte fachliche Qualifikation.

Schutzziele des Brandschutzkonzeptes:

## 1. Personenschutz

- frühzeitige Warnung der Mitarbeiter und Besucher vor Gefahrenstellen
- Schaffung einer ausreichenden Anzahl sicherer und genügend breiter Rettungswege
- Behinderung der Rauch- und Wärmeausbreitung durch qualifizierte Raumabschlüsse (Abschottungsprinzip)
- Einrichtungen vorhalten, die wirksame Lösch- und Rettungsmaßnahmen (Eigenmaßnahmen und Feuerwehr) ermöglichen
- Einbau von Rauchableitungseinrichtungen zur Sicherstellung der Rettungswege und Ermöglichung einer wirksamen Brandbekämpfung
- Einrichtung eines funktionierenden, organisatorischen Brandschutzes

## 2. Einrichtungsschutz

- Einbruchschutz zur Vorbeugung gegen Vandalismus und Brandstiftung
- Sachwertschutz
- Datensicherung
- Verfügbarkeit der Kommunikationsvorrichtung

Im Brandschutzkonzept wird dargelegt, dass die Schutzziele des Brandschutzes gemäß §§ 3 und 14 der BauO NRW erreicht werden und somit Bedenken wegen des Brandschutzes nicht bestehen. Siehe hierzu Abs. 9, Schlussfolgerung.

Die Belange des Arbeitsschutzes werden im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens nicht durch die Bauaufsichtsbehörde geprüft. Bei den hier im Brandschutzkonzept aufgeführten Vorgaben des Arbeitsschutzes handelt es sich lediglich um Empfehlungen zur Erfüllung der Anforderungen des Arbeitsschutzes. Die weiteren Belange des Arbeitsschutzes liegen im Verantwortungsbereich des Bauherrn.

## 2 Beurteilungsgrundlage

### 2.1 Verwendete Unterlagen

Bauantragsunterlagen der Architekten BothmerHübner Partnerschaft mbB:

- Lageplan	M 1:200	Stand 16.07.2025
- Grundriss Erdgeschoss	M 1:100	Stand 16.07.2025
- Schnitt A & B	M 1:100	Stand 16.07.2025
- Schnitt C & D	M 1:100	Stand 16.07.2025
- Ansichten	M 1:100	Stand 16.07.2025

### 2.2 Beteiligung der Brandschutzdienststelle

Im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens / der Erstellung des Brandschutzkonzeptes kann der Sachverständige zur Prüfung des Brandschutzes zur Erlangung der erforderlichen Erkenntnisse des abwehrenden Brandschutzes im Vorfeld Kontakt mit der zuständigen Brandschutzdienststelle aufnehmen.

Eine Besprechung mit der zuständigen Brandschutzdienststelle

Kreis Lippe  
Fachdienst 630 Bauen,  
Team 630.2 Technische Bauaufsicht / Brandschutz  
Felix-Fechenbach-Str 5, 32756 Detmold

fand nicht statt.

## 2.3 Gesetzliche Grundlagen

BauO NRW	Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen Fassung vom 21. Juli 2018, zuletzt geändert am 31.10.2023  Handlungsempfehlung auf der Grundlage der Dienstbesprechungen mit den Bauaufsichtsbehörden im Oktober / November 2018 Fassung vom Januar 2019
BauPrüfVO	Verordnung über bautechnische Prüfungen für das Land Nordrhein-Westfalen Fassung vom 06. Dezember 1995, zuletzt geändert am 02. Juli 2021
VV BauPrüfVO	Verwaltungsvorschrift zur BauPrüfVO Fassung vom 08. März 2000, zuletzt geändert am 15. Dezember 2021
SBauVO	Sonderbauverordnung Verordnung über Bau und Betrieb von Sonderbauten Fassung vom 02. Dezember 2016, zuletzt geändert am 02. August 2019
M-GarVO	Muster-Garagen- und Stellplatzverordnung Muster einer Verordnung über den Bau und Betriebe von Garagen und Stellplätzen Fassung vom 14. Juli 2022
VV TB NRW	Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen für das Land Nordrhein-Westfalen Fassung vom März 2025
PrüfVO NRW	Prüfverordnung Verordnung über die Prüfung technischer Anlagen und wiederkehrenden Prüfungen von Sonderbauten Fassung vom 24. November 2009, zuletzt geändert am 18. Februar 2022
FeuVO NRW	Feuerungsverordnung Fassung vom 10. Dezember 2018
MLAR	Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Leitungsanlagen Fassung vom 10. Februar 2015, Redaktionsstand 05. April 2016
M-LüAR	Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Lüftungsanlagen Fassung vom 29. September 2005, zuletzt geändert am 20. September 2020
W 405	Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung DVGW – Regelwerk: Arbeitsblatt W 405 Fassung vom Februar 2008
LÖRüRL	Richtlinie zur Bemessung von Löschwasser-Rückhalteanlagen beim Lagern wassergefährdender Stoffe Fassung vom Oktober 1992
AwSV	Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen Fassung vom 18.04.2017

WHG	Wasserhaushaltsgesetz Fassung vom 13.07.2009, zuletzt geändert 19.06.2020
ArbStättV	Arbeitsstättenverordnung Verordnung über Arbeitsstätten Fassung vom 12. August 2004, zuletzt geändert im Juni 2020
ASR	Arbeitsstätten-Richtlinien als Ergänzung zur Arbeitsstättenverordnung  ASR A 1.3 – Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung Ausgabe Februar 2013, zuletzt geändert im März 2022  ASR A 2.2 - Maßnahmen gegen Brände Ausgabe Mai 2018, zuletzt geändert im März 2022  ASR A 2.3 – Fluchtwege, Notausgänge, Flucht- und Rettungsplan Ausgabe März 2022  ASR V3a.2 – Barrierefreie Gestaltung von Arbeitsstätten Ausgabe August 2012, zuletzt geändert im März 2022

## 2.4 Verknüpfung mit der BauPrüfVO

Gemäß § 9 Abs. 1 BauPrüfVO ist das Brandschutzkonzept eine zielorientierte Gesamtbewertung des baulichen und abwehrenden Brandschutzes bei Sonderbauten.

Das Brandschutzkonzept muss insbesondere folgende Angaben enthalten:

1. Zu- und Durchfahrten sowie Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr  
Siehe hierzu Brandschutzkonzept Abs. 4.1 / 7.4!
2. Den Nachweis der erforderlichen Löschwassermenge, den Nachweis der Löschwasserversorgung und die Angabe über die Hydrantenstandorte  
Siehe hierzu Brandschutzkonzept Abs. 7.1!
3. Bemessung, Lage und Anordnung der Löschwasser-Rückhalteanlagen  
Siehe hierzu Brandschutzkonzept Abs. 7.2!
4. Das System der äußeren und der inneren Abschottungen in Brandabschnitte bzw. Brandbekämpfungsabschnitte sowie der Rauchabschnitte mit Angaben zur Feuerwiderstandsfähigkeit der Bauteile und Anforderungen an das Brandverhalten der Baustoffe  
Siehe hierzu Brandschutzkonzept Abs. 4.2 – 4.3!
5. Lage, Anordnung, Bemessung (ggf. durch rechnerischen Nachweis) und Kennzeichnung der Rettungswege auf dem Baugrundstück und in Gebäuden mit Angaben zur Sicherheitsbeleuchtung, zu automatischen Schiebetüren und zu elektrischen Verriegelungen von Türen  
Siehe hierzu Brandschutzkonzept Abs. 4.4 / 5.7 / Grundrisse!
6. Die höchstzulässige Zahl der Nutzer der baulichen Anlage, deren Mobilität und Grundzüge der Evakuierung  
Siehe hierzu Brandschutzkonzept Abs. 3.1!
7. Lage und Anordnung haustechnischer Anlagen, insbesondere der Leitungsanlagen, ggf. mit Angaben zum Brandverhalten im Bereich von Rettungswegen sowie von Aufzügen  
Siehe hierzu Brandschutzkonzept Abs. 4.3 / 5.10!
8. Lage und Anordnung der Lüftungsanlagen mit Angaben zur brandschutztechnischen Ausbildung  
Siehe hierzu Brandschutzkonzept Abs. 5.5!
9. Lage, Anordnung und Bemessung der Rauch- und Wärmeabzugsanlagen mit Eintragung der Querschnitte bzw. Luftwechselraten sowie der Überdruckanlagen zur Rauchfreihaltung von Rettungswegen  
Siehe hierzu Brandschutzkonzept Abs. 5.4!
10. Die Alarmierungseinrichtungen und Alarmierungsanlagen  
Siehe hierzu Brandschutzkonzept Abs. 5.6!



11. Lage, Anordnung und ggf. Bemessung von Anlagen, Einrichtungen und Geräten zur Brandbekämpfung (wie Feuerlöschanlagen, Steigleitungen, Wandhydranten, Schlauchanschlussleitungen, Feuerlöschgeräte) mit Angaben zu Schutzbereichen und zur Bevorratung von Sonderlöschmitteln

Siehe hierzu Brandschutzkonzept Abs. 5.2 / 5.3 / 6.2!

12. Sicherheitsstromversorgung mit Angaben zur Bemessung und zur Lage und brandschutztechnischen Ausbildung des Aufstellraumes, der Ersatzstromversorgungsanlagen (Batterien, Stromerzeugungsaggregate) und zum Funktionserhalt der elektrischen Leitungsanlagen

Siehe hierzu Brandschutzkonzept Abs. 5.8!

13. Lage und Anordnung von Brandmeldeanlagen mit Unterzentralen und Feuerwehrranzeigetableaus, Auslösestellen

siehe hierzu Brandschutzkonzept Abs. 5.1!

14. Grundzüge der funktionalen steuerungstechnischen Zusammenhänge

Siehe hierzu Brandschutzkonzept Abs. 5!

15. Feuerwehrpläne

Siehe hierzu Brandschutzkonzept Abs. 7.3!

16. Betriebliche Maßnahmen zur Brandverhütung und Brandbekämpfung sowie zur Rettung von Personen (wie Werkfeuerwehr, Betriebsfeuerwehr, Hausfeuerwehr, Brandschutzordnung, Maßnahmen zur Räumung, Räumungssignale)

Siehe hierzu Brandschutzkonzept Abs. 6.2 - 6.4!

17. Angaben darüber, welchen materiellen Anforderungen der BauO NRW 2018 oder in Vorschriften auf Grund der BauO NRW 2018 nicht entsprochen wird und welche ausgleichenden Maßnahmen stattdessen vorgesehen werden

Siehe hierzu Brandschutzkonzept Abs. 8!

18. Anwendung von Verfahren und Methoden des Brandschutzingenieurwesens

Keine!

## 3 Allgemeine Angaben

### 3.1 Vorbemerkungen

Der Bauherr, die Alte Hansestadt Lemgo, Heustraße 36 – 38, 32657 Lemgo, beabsichtigt, auf dem Grundstück Lehbrinksweg, 32657 Lemgo, den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Lemgo-Lieme zu errichten.

Das geplante eingeschossige Feuerwehrgerätehaus setzt sich aus der ca. 6,0 m hohen Fahrzeughalle und der angrenzenden niedrigeren Feuerwache zusammen.

In der Fahrzeughalle sind Stellplätze für insgesamt 5 Feuerwehrfahrzeuge geplant.

In der Feuerwache werden Umkleideräume inkl. Sanitärräume, ein Schulungsraum, der über eine mobile Trennwand zum angrenzenden Multifunktionsraum verfügt, eine Küche, ein Vorratsraum sowie Lager- und Technikräume untergebracht. Ein Lagerraum ist sowohl aus der Fahrzeughalle als auch aus dem Multifunktionsraum zugänglich.

Bei dem Gesamtgebäude handelt es sich gemäß § 2 Abs. 3 BauO NRW um ein Gebäude der

#### **Gebäudeklasse 3**

(sonstige Gebäude mit einer Höhe von bis zu 7 m, hier ausschließlich ebenerdige Räume), das nach § 50 BauO NRW als bauliche Anlage und Räume besonderer Art oder Nutzung einzustufen ist.

Die Beurteilung der Fahrzeughalle erfolgt nicht nach der Sonderbauverordnung (SBauVO) Teil 5 (Garagen), da gemäß Muster-Garagen- und Stellplatzverordnung von 2022 (M-GarVO) Dienstfahrzeuge, die dem Brand- und Katastrophenschutz oder dem Rettungsdienst dienen, nicht in den Geltungsbereich der M-GarVO fallen.

### 3.2 Lage auf dem Grundstück

Der Neubau des Feuerwehrgerätehauses ist auf dem Grundstück an der öffentlichen Straße „Lehbrinksweg“ in Lemgo-Lieme geplant und ist von dieser Straße zugänglich bzw. befahrbar.

Der geplante Neubau wird als allseitig freistehendes Gebäude errichtet. Der erforderliche Abstand zur Grenze bzw. zu Nachbargebäuden von 2,50 m bzw. 5,00 m wird in den allen Bereichen eingehalten.

Weitere Angaben siehe Lageplan.

### 3.3 Flächenermittlung

Nettogrundflächen gemäß Bauantragsunterlagen bzw. eigener überschlägiger Ermittlung:

#### Erdgeschoss

Fahrzeughalle	ca.	320 m <sup>2</sup>
Umkleide-/Sanitärräume	ca.	138 m <sup>2</sup>
Schulungs- / Multifunktionsraum	ca.	87 m <sup>2</sup>
Küche inkl. Vorrat	ca.	28 m <sup>2</sup>
Lager- und Technikräume	ca.	67 m <sup>2</sup>
Flur	ca.	30 m <sup>2</sup>
<b>Summe Erdgeschoss</b>	<b>ca.</b>	<b>670 m<sup>2</sup></b>

## 4 Vorbeugender Baulicher Brandschutz

### 4.1 Zugänglichkeit für die Feuerwehr

Der Neubau wird an der öffentlichen Straße „Lehbrinksweg“ in 32657 Lemgo-Lieme errichtet. Der Zugang / die Zufahrt zum Gebäude erfolgt über die öffentliche Straße und die befestigten und befahrbaren Hofflächen auf dem Grundstück.

Gemäß § 5 BauO NRW sind bei Gebäuden, die ganz oder in Teilen mehr als 50 m von einer öffentlichen Verkehrsfläche entfernt sind, Zufahrten oder Durchfahrten zu den vor und hinter den Gebäuden gelegenen Grundstücksteilen und Bewegungsflächen herzustellen, wenn sie aus Gründen des Feuerwehreinsatzes erforderlich sind.

Der geplante Neubau ist weniger als 50 m von der öffentlichen Straße entfernt, so dass die Anordnung einer Feuerwehrezufahrt nicht erforderlich ist.

Weitere Angaben siehe Lageplan.

### 4.2 Ausdehnung des Objektes / Brandwände

Gemäß § 30 Abs. 2 BauO NRW sind bei Gebäuden, die weniger als 2,50 m von der Nachbargrenze entfernt errichtet werden, ausgenommen von Gebäuden ohne Aufenthaltsräume und ohne Feuerstätten mit nicht mehr als 50 m<sup>3</sup> Brutto-Rauminhalt, Brandwände als Gebäudeabschlusswände herzustellen, es sei denn, dass ein Abstand von mindestens 5,00 m zu bestehenden oder nach den baurechtlichen Vorschriften zulässigen Gebäuden öffentlich-rechtlich gesichert ist. Öffnungen in diesen Brandwänden sind gemäß § 30 Abs. 8 unzulässig.

Der Neubau wird als allseitig freistehendes Gebäude errichtet. Die Abstände zur Grundstücksgrenze bzw. zu Nachbargebäuden betragen in allen Bereichen mehr als 2,50 m bzw. 5,00 m, die Anordnung von Gebäudeabschlusswänden ist somit nicht erforderlich.

Gemäß § 30 Abs. 2 BauO NRW sind zudem Brandwände als innere Brandwände zur Unterteilung ausgedehnter Gebäude in Abständen von nicht mehr als 40 m erforderlich. Öffnungen in diesen Brandwänden sind gemäß § 30 Abs. 8 nur zulässig, wenn sie auf die für die Nutzung erforderliche Zahl und Größe beschränkt sind. Die Abschlüsse von Öffnungen müssen dicht- und selbstschließend sein und der Feuerwiderstandsfähigkeit der Wand entsprechen.

Die maximalen Abmessungen des Gebäudes betragen ca. 32,70 m x 25,70 m bei einer Bruttogrundfläche von ca. 760 m<sup>2</sup> und liegen somit unter dem Grenzwert von 40 m. Die Anordnung von inneren Brandwänden ist somit nicht erforderlich.

Die Anforderungen der BauO NRW werden erfüllt.

## 4.3 Materielle Anforderungen an die Bauteile

### 4.3.1 Anforderungen gemäß BauO NRW

Das in diesem Brandschutzkonzept betrachtete Gesamtgebäude wird gemäß § 2 BauO NRW in die Gebäudeklasse 3 (sonstige Gebäude mit einer Höhe bis zu 7 m) eingestuft.

Nach §§ 27 – 36 BauO NRW ergeben sich für die Konstruktionen die folgenden brandschutztechnischen Anforderungen:

Bauteile	Anforderung
1. Tragende und aussteifende Wände, Pfeiler und Stützen	feuerhemmend
2. Nichttragende Außenwände sowie nichttragende Teile von Außenwänden	keine / normalentflammbar
3. Oberflächen von Außenwänden, Außenwandbekleidungen und Dämmstoffe in Außenwänden (Bei Verwendung von normalentflammbaren Baustoffen muss eine Brandausbreitung auf Nachbargebäude und Brandabschnitte verhindert werden.)	keine / normalentflammbar
4. Trennwände zwischen Nutzungseinheiten und anderen Räumen	feuerhemmend
5. Decken	feuerhemmend
6. Bedachungen	harte Bedachung
7. Wände notwendiger Flure	feuerhemmend
8. Wand- und Deckenbekleidungen einschl. Dämmstoffe + Unterkonstruktion in notwendigen Fluren	nichtbrennbar
9. Bodenbeläge in notwendigen Fluren	schwerentflammbar

### 4.3.2 Tragende Wände, Pfeiler und Stützen

Die Tragkonstruktion des Gebäudes wird als feuerhemmende Holzkonstruktion ausgeführt. Im Bereich der Fahrzeughalle besteht diese aus tragenden Holzrahmen / Leimholzrahmen auf einem Stahlbetonsockel mit einem aussteifendem Holzverband. Die Tragkonstruktion der Feuerwache wird als Holzständerkonstruktion ebenfalls auf einem Stahlbetonsockel errichtet.

Die Anforderungen der BauO NRW werden erfüllt.

### 4.3.3 Außenwände

Gemäß § 28 Abs. 1 BauO NRW sind Außenwände so auszubilden, dass eine Brandausbreitung auf und in diesen Bauteilen ausreichend lang begrenzt ist.

Die Außenwände des Gebäudes werden als tragende Holzkonstruktionen mit einer Fassade aus Verblender im Bereich der Feuerwache und mindestens schwerentflammbaren Sandwichpanelen im Bereich der Fahrzeughalle ausgeführt.

Die Außenwand der höherliegenden Fahrzeughalle zur angrenzenden Feuerwache wird zur Vermeidung des Brandüberschlags als feuerhemmende Außenwand (von außen nach innen) ausgeführt (siehe auch Abs. 4.3.6).

Die Anforderungen der BauO NRW werden erfüllt.

### 4.3.4 Trennwände

Gemäß § 29 Abs. 1 BauO NRW müssen Trennwände als raumabschließende Bauteile von Räumen oder Nutzungseinheiten innerhalb von Geschossen ausreichend lang widerstandsfähig gegen die Brandausbreitung sein.

Die Fahrzeughalle wird durch feuerhemmende Trennwände mit feuerhemmenden, rauchdichten und selbstschließenden Türen von der Feuerwache abgetrennt. Bei einer Beurteilung der Fahrzeughalle als geschlossene Mittelgarage nach Teil 5 (Garagen) der SBauVO wäre gemäß § 129 SBauVO eine feuerbeständige Wand zwischen Garage / Fahrzeughalle und der Feuerwache erforderlich. Da die Beurteilung der Fahrzeughalle in Anlehnung an die M-GarVO nicht nach der SBauVO erfolgt, bestehen aus brandschutztechnischer Sicht hinsichtlich der lediglich feuerhemmenden Trennwand keine Bedenken.

Innerhalb der Feuerwache werden der Technikraum sowie der sowohl von der Fahrzeughalle als auch vom Multifunktionsraum zugängliche Lagerraum ebenfalls mit feuerhemmenden Trennwänden und feuerhemmenden, rauchdichten und selbstschließenden Türen abgetrennt.

Die Anforderungen der BauO NRW werden erfüllt.

### 4.3.5 Decken

Gemäß § 31 Abs. 1 BauO NRW müssen Decken als tragende und raumabschließende Bauteile zwischen Geschossen im Brandfall ausreichend lang standsicher und widerstandsfähig gegen die Brandausbreitung sein. Sie müssen in Gebäuden der Gebäudeklasse 3 feuerhemmend sein.

Aufgrund der eingeschossigen Ausführung des Gebäudes sind keine Geschossdecken vorhanden. Lediglich über einem Teilbereichs des Lagers, das in die höhere Fahrzeughalle ragt, wird eine feuerhemmende Holzbalkendecke zur Sicherstellung der brandschutztechnischen Trennung zwischen Feuerwache und Fahrzeughalle angeordnet.

Die Anforderungen der BauO NRW werden erfüllt.

### 4.3.6 Dächer

Gemäß § 32 BauO NRW müssen Bedachungen gegen eine Brandbeanspruchung von außen durch Flugfeuer und strahlende Wärme ausreichend lang widerstandsfähig sein (harte Bedachung).

Das Dachtragwerk der Feuerwache wird als Brettstapelelement mit oberseitiger Dämmung (schwerentflammbar), Abklebung und Begrünung ausgeführt.

Das Dach der Fahrzeughalle besteht aus dem tragenden Holzrahmen mit Trapezblecheindeckung, oberseitiger Dämmung (schwerentflammbar) und Abklebung ausgeführt.

Die Konstruktionen erfüllen die Anforderungen an eine harte Bedachung.

Gemäß § 32 Abs. 7 BauO NRW müssen die Dächer von Anbauten, die an Außenwände mit Öffnungen oder ohne Feuerwiderstandsfähigkeit anschließen, innerhalb eines Abstands von 5 m von diesen Wänden als raumabschließende Bauteile für eine Brandbeanspruchung von innen nach außen einschließlich der sie tragenden und aussteifenden Bauteile die Feuerwiderstandsfähigkeit der Decken des Gebäudeteils haben, an den sie angebaut werden.

Zur Vermeidung des Brandüberschlags von der Feuerwache zur höherliegenden Fahrzeughalle wird die Außenwand der Fahrzeughalle oberhalb des Daches der Feuerwache als feuerhemmende Wand (von außen nach innen) ausgeführt (siehe auch Abs. 4.3.3)

Auf dem Dach der Fahrzeughalle wird außerdem eine Photovoltaik-Anlage angeordnet (siehe auch Abs. 5.10).

Die Anforderungen der BauO NRW werden erfüllt

### 4.3.7 Notwendige Flure

Notwendige Flure gemäß § 36 Abs. 1 BauO NRW sind Flure, über die Rettungswege von Aufenthaltsräumen oder aus Nutzungseinheiten mit Aufenthaltsräumen zu Ausgängen in notwendige Treppenträume oder ins Freie führen.

Als notwendige Flure gelten nicht:

- Flure innerhalb von Nutzungseinheiten mit nicht mehr als 200 m<sup>2</sup> und innerhalb von Wohnungen
- Flure innerhalb von Nutzungseinheiten, die einer Büro- oder Verwaltungsnutzung dienen, mit nicht mehr als 400 m<sup>2</sup>; das gilt auch für Teile größerer Nutzungseinheiten, wenn diese Teile nicht größer als 400 m<sup>2</sup> sind, untereinander durch Trennwände getrennt sind und jeder Teil unabhängig von anderen Teilen Rettungswege hat.

Abweichend von den Anforderungen des § 36 Abs. 1 BauO NRW werden die Flure der Feuerwache (mit einer Nutzfläche von ca. 310 m<sup>2</sup>) nicht als notwendige Flure ausgebildet. Da mit Ausnahme der Küche alle Aufenthaltsräume über direkte Ausgänge ins Freie verfügen, kann aus brandschutztechnischer Sicht auf die

Ausbildung eines notwendigen Flures verzichtet werden. Eine entsprechende  
**Erleichterung von den Anforderungen der BauO NRW** ist unter Abs. 8  
Abweichungen / Erleichterungen formuliert.

Die Anforderungen der BauO NRW werden, bis auf die beantragte Erleichterung,  
erfüllt.



## 4.4 Flucht- und Rettungswege

### 4.4.1 Rettungswege und Rettungsweglängen nach BauO NRW

Für die Flucht- und Rettungswege im Gebäude gelten die Anforderungen der BauO NRW. Gemäß § 33 Abs. 1 BauO NRW müssen für Nutzungseinheiten mit mindestens einem Aufenthaltsraum in jedem Geschoss mindestens zwei voneinander unabhängige Rettungswege ins Freie vorhanden sein.

Gemäß § 35 Abs. 2 BauO NRW muss von jeder Stelle eines Aufenthaltsraumes sowie eines Kellergeschosses mindestens ein notwendiger Treppenraum oder ein Ausgang ins Freie in höchstens

#### **35 m Entfernung**

erreichbar sein.

Gemäß § 37 Abs. 5 der BauO NRW sind Fenster als Notausstieg zulässig, wenn ihr Öffnungsmaß im Lichten mindestens 0,90 x 1,20 m beträgt und die Brüstungsoberkante nicht höher ist als 1,20 m über dem Fußboden ist.

Für die Fahrzeughalle muss in Anlehnung an § 134 Abs. 2 der SBauVO, Teil 5 von jeder Stelle mindestens ein notwendiger Treppenraum oder ein Ausgang ins Freie in höchstens

#### **30 m Entfernung**

erreichbar sein.

Das System der Flucht- und Rettungswegführung ist den Plananlagen zum vorliegenden Brandschutzkonzept zu entnehmen. Nach den uns vorliegenden Planunterlagen werden die vorgenannten Flucht- und Rettungsweglängen innerhalb des Gesamtgebäudes eingehalten.

**Die maximalen Rettungsweglängen innerhalb des Neubaus liegen in allen Bereichen unterhalb von 35 m gemäß BauO NRW bzw. 30 m gemäß SBauVO Teil 5.**

Die Rettungswege müssen ständig frei und benutzbar sein. Türen im Zuge von Rettungswegen müssen während der Betriebszeit ständig von innen leicht in voller Breite zu öffnen sein, entsprechende Panikschlösser bzw. Blindzylinder sind einzusetzen bzw. anzuordnen.

Die Rettungswege und Ausgänge müssen deutlich sichtbar mit beleuchteten oder hinterleuchteten Schildern nach ASR A1.3 - Sicherheits- und Gesundheitskennzeichnung - gekennzeichnet werden (weiße Schrift auf grünem Grund). Die Schilder / Leuchten sind so anzubringen, dass sie nicht durch hohe Einbauten verdeckt werden. Die Notausstiegsfenster im Obergeschoss werden lediglich mit langnachleuchtenden und reflektierenden Piktogrammen gekennzeichnet. In den Grundrissen sind die Fluchtwegpiktogramme als Einzelbatteriebeleuchten mit 1 und die langnachleuchtenden und reflektierenden Piktogramme mit 2 gekennzeichnet.

Hinweis: Die in den Brandschutzplänen dargestellten Symbole für die Rettungswege / Notausgänge dienen der Verdeutlichung der Rettungswegführung, sie stellen **nicht** die Lage der erforderlichen Rettungswegzeichen dar. Die Anordnung der

Fluchwegpiktogramme ist vom Fachplaner gemäß den Anforderungen der ASR A1.3 - Sicherheits- und Gesundheitskennzeichnung – festzulegen.

Die Anforderungen der BauO NRW werden erfüllt.

#### 4.4.2 Türen in Rettungswegen

Türen im Zuge von Rettungswegen sollten in Fluchtrichtung des ersten Rettungsweges aufschlagen und dürfen keine Schwellen haben. Sie müssen ständig von innen ohne Hilfe (z.B. Schlüssel) und Zeitverzug in voller Breite zu öffnen sein.

Türen im Zuge von Rettungswegen werden derart ausgeführt, dass sie – zumindest während der Betriebszeit – von innen leicht und in voller Breite geöffnet werden können.

Elektrische Verriegelungen von Türen werden – sofern überhaupt vorgesehen – im Zuge von Flucht- und Rettungswegen derart ausgeführt, dass die Türen im Gefahrenfall jederzeit ohne Hilfsmittel offenbar sind. Die Planung und Ausführung dieser elektrischen Verriegelungen erfolgt dann entsprechend den Vorgaben der „Richtlinie über elektrische Verriegelungssysteme von Türen in Rettungswegen (EltVTR)“.

Rauchschutz- oder Brandschutztüren sowie -abschlüsse, die aus betrieblichen Gründen offengehalten werden müssen, werden mit bauaufsichtlich zugelassenen Feststelleinrichtungen versehen, die bei Raucheinwirkung ein selbsttätiges Schließen der Türen bewirken und zudem auch von Hand geschlossen werden können.

Alle wesentlichen Türen im Verlauf der Rettungswege schlagen in Fluchtrichtung auf.

Die direkten Ausgänge aus dem Umkleiden (Damen und Herren) schlagen jedoch gegen die Fluchtrichtung auf. Da es sich bei diesen Türen jedoch um die Alarmeingänge bei einem Einsatz der Feuerwehr Lemgo-Lieme handelt und diese somit von ortskundigen Personen genutzt werden, bestehen aus brandschutztechnischer Sicht keine Bedenken.

Weitere Angaben siehe Grundrisse.

Die Anforderungen der BauO NRW werden erfüllt.

## 5 Anlagentechnischer Brandschutz

### 5.1 Brandmeldeanlage

Für den Neubau ist die Errichtung einer Brandmeldeanlage baurechtlich nicht erforderlich.

Auf Bauherrenwunsch wird das Gebäude jedoch flächendeckend mit einer selbsttätigen Brandmeldeanlage ausgestattet.

Die Brandmeldeanlage wird nach  
DIN 14 675 (Brandmeldeanlagen; Aufbau)  
DIN VDE 0833 (Gefahrenmeldeanlagen für Brand, Einbruch und Überfall)  
geplant, installiert und überwacht.

Allerdings wird die Brandmeldeanlage nicht auf die Leitstelle der Feuerwehr des Kreis Lippe aufgeschaltet, sondern lediglich auf die Hauptwache der Stadt Lemgo. Die technischen Anschlussbedingungen (TAB) der Feuerwehr Lemgo für die Aufschaltung von Brandmeldeanlagen sind zu beachten.

Art, Anzahl und Anbringungsorte der Brandmelder und die Lage der Brandmeldezentrale werden in besonderen Grundrissplänen mit der Aufteilung in Übertragungswege je Meldegruppe dargestellt und im Bereich des Feuerwehrbedienfeldes im Gebäude hinterlegt.

Die Brandmeldezentrale (BMZ) wird innerhalb des brandschutztechnisch abgetrennten Technikraumes angeordnet. Da sich in diesem Raum weitere Brandlasten befinden, wird die Brandmeldezentrale in ein feuerhemmendes Brandschutzgehäuse eingehaust.

Im Gebäude werden flächendeckend automatische Brandmelder (Rauchmelder) installiert. In den Fluren und an den Notausgängen werden zusätzlich nichtautomatische Brandmelder zur manuellen Auslösung (blaue Melder) angeordnet, siehe hierzu auch Grundrisse.

Im Eingangsbereich wird eine Feuerwehreinformationszentrale (FIZ) mit Feuerwehrbedienfeld (FBF) und Feuerwehranzeigetableau (FAT) installiert. Des Weiteren wird im Bereich des Haupteingangs zum Gebäude eine grüne Blitzleuchte für den internen Gebrauch angeordnet. Im Brandfall werden die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr über die normale Alarmierungskette alarmiert. Zur Unterscheidung, ob der Alarm ein auswärtiges Objekt oder das Feuerwehrgerätehaus selbst betrifft, wird am Gebäude die grüne Blitzleuchte angeordnet.

Am Zugang zum Gebäude wird in der Fassade ein Schlüsselsafe zur Hinterlegung eines Generalschlüssels für die Feuerwehr angeordnet.

Die Anforderungen der BauO NRW werden erfüllt.

## 5.2 Selbsttätige Feuerlöschanlage

Für den Neubau ist die Errichtung einer selbsttätigen Feuerlöschanlage nicht erforderlich.

Die Anforderungen der BauO NRW werden erfüllt.

## 5.3 Wandhydranten / trockene Steigleitungen

Für den Neubau ist die Errichtung von Wandhydranten bzw. trockenen Steigleitungen nicht erforderlich.

Die Anforderungen der BauO NRW werden erfüllt.

## 5.4 Rauch- und Wärmeabzug

Die Rauchableitung innerhalb der Feuerwache erfolgt über die geplanten öffnenbaren Fenster und Türen.

Innerhalb der Fahrzeughalle ist über die geplanten öffnenbaren Tore auf der Ostseite und die öffnenbaren Fenster auf der Südseite eine ausreichenden Querlüftung gewährleistet.

Die Anforderungen der BauO NRW werden erfüllt.

## 5.5 Lüftungsanlage

Ein zentrale Lüftungsanlage ist im Gebäude nicht geplant.

Einzelnen Räume werden mit dezentralen Lüftungsgeräten ausgestattet. Im Bereich von evtl. Durchdringungen von brandschutztechnisch trennenden Bauteilen (Trennwänden, etc.) werden entsprechenden Brandschutzklappen angeordnet.

In der Fahrzeughalle wird außerdem eine Absaugung installiert. Die Abluft wird direkt aus der Fahrzeughalle ins Freie geführt.

Die Anforderungen der BauO NRW werden erfüllt.

## 5.6 Alarmierungseinrichtung

Für den Neubau ist die Errichtung einer Alarmierungseinrichtung nicht erforderlich.

Die Alarmierung innerhalb des Gebäudes folgt über die geplante Brandmeldeanlage. Des Weiteren sind im Gebäude sind Telefonapparate vorhanden, von denen Notrufe

direkt auf eine ständig besetzte Stelle, wie z. B. die Einsatzzentrale der Feuerwehr, abgesetzt werden können

Die Anforderungen der BauO NRW werden erfüllt.

## 5.7 Sicherheitsbeleuchtung

Der Neubau wird mit einer Sicherheitsbeleuchtung bzw. Fluchtwegpiktogrammen als Sicherheitsbeleuchtung, die über ein Gruppenbatteriegerät verfügen, ausgestattet.

Hinweis: Die in den Brandschutzplänen dargestellten Symbole für die Rettungswege / Notausgänge dienen der Verdeutlichung der Rettungswegführung, sie stellen **nicht** die Lage der erforderlichen Rettungswegzeichen dar. Die Anordnung der Fluchtwegpiktogramme ist vom Fachplaner gemäß den Anforderungen der ASR A1.3 - Sicherheits- und Gesundheitskennzeichnung – festzulegen

Die Anforderungen der BauO NRW werden erfüllt.

## 5.8 Sicherheitsstromversorgung

Die sicherheitstechnischen Einrichtungen werden jeweils mit einer Sicherheitsstromversorgung ausgestattet.

Die Sicherheitsstromversorgung der Brandmeldeanlage erfolgt über eine eigene Sicherheitsstromversorgung direkt an der Zentrale (systemeigene Batterie / autarkes System).

Die Sicherheitsbeleuchtung und Fluchtwegpiktogramme werden mit einem Gruppenbatteriegerät ausgestattet.

Des Weiteren werden die Tore der Fahrzeughalle mit einer Sicherheitsstromversorgung sowie Kettenzügen ausgestattet, so dass auch bei Stromausfall die Tore der Fahrzeughalle geöffnet werden können.

Da das Gebäude im Katastrophenfall zur Unterbringung von Menschen dienen soll, wird vor dem Gebäude ein Notstromaggregat vorgehalten, dies dient jedoch nicht als Sicherheitsstromversorgung bei einem „normalen“ Stromausfall im Gebäude.

Die Anforderungen der BauO NRW werden erfüllt.

## 5.9 Elektro- und Blitzschutzanlage

Die Elektroanlage wird im Einklang mit den VDE-Richtlinien von einer anerkannten Fachfirma installiert. Siehe auch DIN VDE 0185/IEC 1024-1 sowie weitere Vorgaben vom Elektro-Fachplaner.

Das Gebäude wird mit einer Blitzschutzanlage ausgestattet.

Die Blitzschutzanlage ist in regelmäßigen Abständen, durch einen Sachkundigen zu prüfen. Das Ergebnis der Prüfung ist schriftlich festzuhalten. Festgestellte Mängel sind unverzüglich zu beseitigen.

Die Anforderungen der BauO NRW werden erfüllt.

## 5.10 Photovoltaik-Anlage

Auf dem Dach der Fahrzeughalle wird eine Photovoltaik-Anlage zur Stromerzeugung angeordnet.

Gemäß DIN VDE 0100-712 - Errichten von Niederspannungsanlagen sind Photovoltaik-Anlagen mit einer DC-Freischaltstelle vor dem Wechselrichter auszustatten.

Besondere Vorsicht: Die gesamte Photovoltaik-Anlage (Module, Kabel etc.) steht bis zur DC-Freischaltstelle ständig unter Spannung, solange Licht auf die Module fällt. Dies ist bei Betrieb und besonders im Störfall der Anlage zu beachten. Überflutete Bereiche dürfen im Schadensfall der Anlage nicht betreten werden!

Gemäß vfdb-Merkblatt „Einsätze an Photovoltaik-Anlagen“ sind Photovoltaik-Anlagen elektrische Anlagen und entsprechend zu kennzeichnen.

Die DC-Freischaltstelle ist in unmittelbarer Nähe der Module anzuordnen. Wird die DC-Freischaltstelle an anderer Stelle angeordnet, ist direkt an den Solarmodulen eine „Feuerwehr-Abschaltung“ mit einem zentralen Not-Aus-Taster anzuordnen, so dass über den Not-Aus-Taster die Module im Brandfall spannungsfrei geschaltet werden können. Der Not-Aus-Taster ist an einem für die Feuerwehr jederzeit zugänglichen Ort anzuordnen. Alternativ sind die Leitungen von den Modulen vom Eintritt in das Gebäude bis zur DC-Freischaltstelle feuerhemmend zu schotten.

## 5.11 Installationsschächte und Kanäle

Haustechnische Anlagen sind so einzubauen bzw. zu errichten, dass das Abschottungsprinzip des vorbeugenden Brandschutzes erhalten bleibt. Damit dürfen Feuer und Rauch durch sie nicht in andere Brandabschnitte übertragen werden können.

Sämtliche Kabel- und Rohrdurchführungen werden im Bereich der brandschutztechnisch trennenden Bauteile (Trennwände usw.) geschottet oder abgeschirmt.

Siehe hierzu auch Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Leitungsanlagen (Muster-Leitungsanlagen-Richtlinie – MLAR) bzw. Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Lüftungsanlagen (Muster-Lüftungsanlagen-Richtlinie – M-LüAR).

## 6 Betrieblicher und organisatorischer Brandschutz

### 6.1 Vorbemerkungen

Im Gebäude sind das Rauchen und der Umgang mit offenem Feuer verboten. Auf das Verbot ist durch deutlich sichtbare und dauerhafte Verbotsschilder gemäß ASR A1.3 hinzuweisen. Die Einhaltung muss überwacht werden.

Leichtbrennbare Abfälle sind täglich zu entfernen. Abfälle sind in nichtbrennbaren Behältern mit dicht- und selbstschließendem Deckel zu sammeln.

Feuarbeiten sind im Reparaturfall auf ein unvermeidliches Minimum zu beschränken, sie sind von der Betriebsleitung unter Wahrung der gebotenen Sicherheitsmaßnahmen zu genehmigen.

Die Betriebsangehörigen sind bei Beginn des Arbeitsverhältnisses, und danach in regelmäßigen Abständen über die Lage und die Bedienung der Feuerlöschgeräte sowie über die Brandschutzordnung, hierbei insbesondere über das Verhalten bei einem Brand oder einer Panik, zu belehren. Die Belehrung ist vom Betreiber zu dokumentieren.

### 6.2 Feuerlösch- und Rettungsgeräte

Feuerlöscher sind nach der örtlichen Brandgefährdung vorzuhalten.

Abhängig von der Brandgefährdung werden die Anforderungen an die Ausstattung von Arbeitsstätten mit Feuerlöscheinrichtungen gemäß ASR A2.2 – Technische Regeln für Arbeitsstätten, Maßnahmen gegen Brände – festgelegt.

In Anlehnung an die ASR A2.2 - Technische Regeln für Arbeitsstätten, Maßnahmen gegen Brände (Ausgabe Mai 2018), Abs. 3.2, ist das Gebäude als ein Betriebsbereich mit normaler Brandgefährdung einzustufen. Damit ist eine Grundausstattung ausreichend.

Für die Grundausstattung des Gebäudekomplexes mit Feuerlöschern ergeben sich nachfolgende Anforderungen und Lösungsmöglichkeiten:

**Feuerwehrgerätehaus:** Grundfläche ca. 670 m<sup>2</sup>  
Grundausstattung  
erf. Löschmitteleinheiten ca. 26 LE

gepl.: 3 x Schaumlöcher S 6  
Löschvermögen: 27 A / 144 B  
entspr. 3 x 9 = 27 LE

⇒ 27 LE ≥ 26 LE

Zusätzlich zu den oben angegebenen / erforderlichen Schaumlöschern werden in der Fahrzeughalle weitere Pulverlöcher vorgehalten. Mit den vorgenannten Löschgeräten ist ein ausreichender Ersteinsatz möglich.



Die Feuerlöscher sind in handlicher Höhe (ca. 0,80 – 1,20 m) anzuordnen. Der Anbringungsort ist mit Schildern nach ASR 1.3 - Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung - deutlich sichtbar und dauerhaft zu kennzeichnen.

Die ASR A1.3 - Sicherheits- und Gesundheitskennzeichnung – fordert eine Kennzeichnung gemäß DIN EN ISO 7010 „Graphische Symbole – Sicherheitsfarben und Sicherheitszeichen“. Die Schilder werden gemäß DIN EN ISO 7010 ausgeführt.

Gemäß ArbStättV sind in Arbeitsstätten geeignete Feuerlöscheinrichtungen vorzuhalten bzw. funktionsfähig zu erhalten. Der Unternehmer / Betreiber der Einrichtung hat dafür zu sorgen, dass Feuerlöscher regelmäßig, mindestens jedoch alle zwei Jahre, durch einen Sachkundigen geprüft werden. Über die Ergebnisse der Prüfung ist Nachweis zu führen. Ein Vermerk über die letzte Prüfung ist fest oder plombiert am Feuerlöscher anzubringen.

Die Betriebsangehörigen müssen mit der Handhabung der vorhandenen Feuerlöscheinrichtungen vertraut sein.

### 6.3 Brandschutzordnung / Brandschutzbeauftragter

Die Erstellung einer Brandschutzordnung ist nicht erforderlich.

Die Bestellung eines Brandschutzbeauftragten ist ebenfalls nicht erforderlich.

### 6.4 Prüfungen nach Prüfverordnung – PrüfVO NRW

Das in diesem Brandschutzkonzept betrachtete Gebäude fällt nicht in den Geltungsbereich der PrüfVO NRW.

Im Eigeninteresse sollten jedoch die sicherheitstechnischen Einrichtungen nach der Installation, danach regelmäßig (nach PrüfVO z.Z. alle 3 Jahre bzw. 6 Jahre) von einer/m anerkannten Prüfsachverständigen (Prüfsachverständige gemäß § 3 PrüfVO) geprüft werden. Das Prüfprotokoll über die Wirksamkeit und Betriebssicherheit einschließlich des bestimmungsgemäßen Zusammenwirkens (Wirk-Prinzip-Prüfung) kann **vom Bauherrn** bis zur abschließenden Fertigstellung der baulichen Anlage der Bauaufsichtsbehörde vorgelegt werden.

Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 PrüfVO NRW sind die wiederkehrenden Prüfungen seit der letzten Prüfung in Zeiträumen von nicht mehr als

3 Jahren für folgende Anlagen (gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Ziffer 1 bis 8 PrüfVO):

- Sicherheitsbeleuchtungs- und Sicherheitsstromversorgungsanlagen
- Brandmelde- und Alarmierungsanlagen

bzw.

6 Jahren für folgende Anlagen (gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Ziffer 9-11):

- elektrische Anlagen

zu veranlassen.



## 7 Abwehrender Brandschutz

### 7.1 Löschwasserversorgung

Die Festlegung des erforderlichen Löschwasserbedarfs erfolgt in Anlehnung an das Arbeitsblatt W 405 (DVGW – Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. – Regelwerk: Technische Regeln / Arbeitsblatt W 405 vom Februar 2008). Im Abs. 5

(W 405) ist der Löschwasserbedarf für größere Gebäude mit geringer Gefahr der Brandausbreitung (überwiegende Bauart: feuerbeständige oder feuerhemmende Umfassung und harte Bedachung) mit

**mind. 96 m<sup>3</sup>/h (dies entspricht 1.600 l/min)**

vorgegeben.

Der Löschwasserbedarf soll für eine Löschzeit von mindestens 2 Stunden zur Verfügung stehen. Als anrechenbare Löschwasserentnahmestellen können hierbei alle Entnahmestellen im Umkreis von 300 m herangezogen werden.

Der erforderliche Löschwasserbedarf wird vom örtlichen Wasserversorger zu gewährleisten. Im Zuge der Baumaßnahme werden ein Unterflur- sowie Überflurhydrant vor dem Feuerwehrgerätehauses angeordnet.

### 7.2 Löschwasserrückhaltung

Gemäß § 62 WHG (Wasserhaushaltsgesetz) müssen Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen die Anforderungen nach der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) erfüllen. Die AwSV ist seit dem 01.08.2017 gültiges Recht. Die Anwendungsgrenzwerte für oberirdische Anlagen liegen dort bei > 220 l bzw. > 200 kg.

Im § 20 AwSV wird die Rückhaltung bei Brandereignissen geregelt. Dort ist gefordert, dass Anlagen so geplant, errichtet und betrieben werden müssen, dass die bei Brandereignissen austretenden wassergefährdenden Stoffe, Lösch-, Berieselungs- und Kühlwasser sowie die entstehenden Verbrennungsprodukte mit wassergefährdenden Eigenschaften nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zurückgehalten werden.

Da bisher keine weitergehenden Regelungen zum Umfang des erforderlichen Löschwasserrückhaltevolumens im Sinne der AwSV baurechtlich eingeführt sind, gilt für die Bemessung von Löschwasser-Rückhalteanlagen beim Lagern wassergefährdender Stoffe bis auf weiteres die Richtlinie zur Bemessung von Löschwasser-Rückhalteanlagen beim Lagern wassergefährdender Stoffe (LÖRÜRL) - RdErl. d. Ministeriums für Bauen und Wohnen v. 14.10.1992 – II A 5 – 190.6 - als allgemein anerkannte Regel der Technik und ist zu beachten.

Gemäß LÖRÜRL ist keine Löschwasserrückhaltung erforderlich, wenn nachfolgende Anforderungen an die im Lager befindlichen Stoffe eingehalten werden.

Es dürfen nicht mehr als

- 100 t an Stoffen der Wassergefährdungsklasse WGK 1 oder

- 10 t an Stoffen der Wassergefährdungsklasse WGK 2 oder
- 1 t an Stoffen der Wassergefährdungsklasse WGK 3

gelagert werden.

Werden wassergefährdende Stoffe unterschiedlicher Wassergefährdungsklassen zusammen gelagert, so gilt

- 1 t WGK 3 – Stoff entspricht 10 t WGK 2 – Stoff und
- 1 t WGK 2 – Stoff entspricht 10 t WGK 1 – Stoff.

Die auf eine Wassergefährdungsklasse umgerechneten Mengen sind zu addieren und dürfen die oben angegebenen Mengen nicht überschreiten.

Sollten diese Mengen überschritten werden, so sind die Größen für die Löschwasser-Rückhalteinrichtungen aus der Tabelle 2 der Löschwasser-Rückhalte-Richtlinie (LÖRüRL) einzuhalten.

**Wassergefährdende Stoffe werden im Feuerwehrgerätehaus lediglich in geringen Mengen gelagert, so dass eine Löschwasserrückhaltung nicht erforderlich ist.**

Die Anforderungen der LÖRüRL werden erfüllt.

## 7.3 Feuerwehrplan

Für das Gebäude ist die Erstellung von **Feuerwehrplänen nach DIN 14095** aufgrund der geplanten Brandmeldeanlage mit Aufschaltung zur Hauptwache der Stadt Lemgo erforderlich.

Die Feuerwehrpläne werden nach DIN 14095 erstellt. Der Feuerwehrplan muss den aktuellen Stand der Bebauung und Nutzung wiedergeben.

Die Feuerwehrpläne werden im Einvernehmen mit der Feuerwehr Lemgo angefertigt und in entsprechender Ausfertigung der Feuerwehr zur Verfügung gestellt.

Alte Hansestadt Lemgo  
Feuerwehr Lemgo  
Orpingstraße 78  
32657 Lemgo

## 7.4 Flächen für die Feuerwehr

Der Neubau wird an der öffentlichen Straße „Lehbrinksweg“ in Lemgo-Lieme errichtet. Der Zugang zum Gebäude erfolgt über diese Straße und die auf dem Grundstück befestigten Zufahrten bzw. Hofflächen.

Zufahrt, Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr sind auf den öffentlichen Straßen vorhanden, siehe hierzu Lageplan.

## 7.5 Einrichtung eines Feuerwehrschlüsseldepots

Die Errichtung eines **Feuerwehrschlüsseldepots** ist nicht erforderlich.

Am Zugang zum Gebäude wird stattdessen in der Fassade ein Schlüsselsafe zur Hinterlegung eines Generalschlüssels für die Feuerwehr angeordnet.

## 8 Abweichungen / Erleichterungen

Nachfolgende Erleichterungen von den Anforderungen der BauO NRW werden beantragt:

### Zu Abs. 4.3.9 Notwendige Flure

*BauO NRW § 36 Notwendige Flure, offene Gänge*

*„(1) Flure, über die Rettungswege aus Aufenthaltsräumen oder aus Nutzungseinheiten mit Aufenthaltsräumen zu Ausgängen in notwendige Treppenräume oder ins Freie führen (notwendige Flure), müssen so angeordnet und ausgebildet sein, dass die Nutzung im Brandfall ausreichend lang möglich ist. Notwendige Flure sind nicht erforderlich*

- 1. [...]*
- 2. [...]*
- 3. innerhalb von Nutzungseinheiten mit nicht mehr als 200 m<sup>2</sup> und innerhalb von Wohnungen sowie*
- 4. innerhalb von Nutzungseinheiten, die einer Büro- und Verwaltungsnutzung dienen, mit nicht mehr als 400 m<sup>2</sup>; das gilt auch für Teile größerer Nutzungseinheiten, wenn diese Teile nicht größer als 400 m<sup>2</sup> sind, Trennwände haben und jeder Teil unabhängig von anderen Teilen Rettungswege hat.“*

Abweichend von den Anforderungen des § 36 Abs. 1 BauO NRW werden die Flure der Feuerwache (mit einer Nutzfläche von ca. 310 m<sup>2</sup>) nicht als notwendige Flure ausgebildet. Da mit Ausnahme der Küche alle Aufenthaltsräume über direkte Ausgänge ins Freie verfügen, kann aus brandschutztechnischer Sicht auf die Ausbildung eines notwendigen Flures verzichtet werden.

Von weiteren materiellen Forderungen der Landesbauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen BauO NRW wird bei dem Neubau eines Feuerwehrgerätehauses, Lehbrinksweg, 32657 Lemgo, nicht abgewichen.

## 9 Schlussfolgerungen / Zusammenfassung

Die Landesbauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen BauO NRW ist Grundlage der Planung für den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr, Lehbrinksweg, 32657 Lemgo.

Im Rahmen eines brandschutztechnischen Gesamtkonzeptes wird nachgewiesen, dass die Schutzziele des Brandschutzes nach § 3 und § 14 der BauO NRW erreicht werden.

**Die Vorgaben der BauO NRW werden, bis auf die beantragte Erleichterung, eingehalten.**

Bei Beachtung der im Konzept genannten Anforderungen und Empfehlungen bestehen seitens des Aufstellers keine Bedenken wegen des Brandschutzes.

Anlagen:	Blatt B1	Lageplan	M = 1:500
	Blatt B2	Grundriss / Schnitte	M = 1:100

bielefeld: 13.08.2025

staatl. anerkannter sachverständiger  
für die prüfung des brandschutzes

**dipl.-ing. klaus figge**

luisenstr. 18 b 33602 bielefeld  
tel 0521 96721-0 fax 0521 96721-20

Als bauvorlageberechtigter Entwurfsverfasser (§ 54 BauO NRW) erkläre ich, dass dieses Brandschutzkonzept zu meinen Bauantragsunterlagen gehört. Sich daraus ergebende Anforderungen für das Bauvorhaben, werde ich bei der weiteren Planung und Ausführung der Baumaßnahme berücksichtigen, sofern sich aus den Nebenbestimmungen der Baugenehmigung nichts anderes ergibt.

Stempel und Unterschrift des  
Entwurfsverfassers / der Entwurfsverfasserin